



Doppelhaushalt 2013/14

Haushalten im Rückwärtsgang

Grüner Wohnen

Untersuchungsausschuss

Inklusion

Gleichstellung

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN



Editorial	2
Grüner Wohnen	3
3 Fragen an...Astrid Rothe-Beinlich	4
Hebammen braucht das Land!	5
Titelthema: Haushalt	6
Aufklärung des NSU-Terrors	8
Gebietsreform	8
Ländlicher Raum	9
Grünes Licht für gleiche Rechte	9
In Kürze	10

Noch mehr Infos gibt es, ...
 ...wenn man den Grünlinks (gruenlink.de/7di) folgt
 oder die QR-Codes mit einem Smartphone ein-
 scannt.



Liebe Leserin und lieber Leser,



nachhaltig haushalten, nachhaltig investieren. Das sind die bündnisgrünen Kernforderungen für den Doppelhaushalt 2013/14 gewesen, in dessen Zeichen das Plenum im Januar stand. Der Haushaltsentwurf war die letzte und leider am Ende verpasste Ausfahrt für den Freistaat, um den Reformstau der vergangenen Jahre aufzulösen.

Wir Grüne übernahmen bereits in der Opposition Verantwortung und praktizierten eine Schuldenbremse bei unseren Änderungsanträgen. Diese waren nicht nur komplett gegenfinanziert, sondern hätten zudem die notwendige Rücklagenbildung für schlechte Zeiten und die Weichen für nachhaltiges Wachstum und mehr Lebensqualität gestellt, zum Beispiel mit einer besseren Familien-

politik in Thüringen. Schwarz-Rot feiert seinen Doppelhaushalt als Erfolg – die ehrliche Bilanz dieser Regierungsarbeit sieht jedoch ganz anders aus: Wegen der CDU ist Thüringen nicht mehr handlungsfähig. Leider mangelt es der CDU an der nötigen Einsicht. So beispielsweise auch in Sachen Bildungspolitik. Die CDU ist in keinem der 16 Bundesländer mehr mit einem Minister oder einer Ministerin vertreten. Die Menschen haben die bildungsferne Politik der Partei schlichtweg abgewählt. Das ist die bittere Wahrheit. In den Geschichtsbüchern werden wir für die Regierungszeit 2009 bis 2014 festhalten müssen: Seit 2010 ist nichts passiert und Schwarz-Rot hat selbst die letzte Ausfahrt Doppelhaushalt nicht genutzt.

Lesen Sie HinterGRÜNDiges zu diesem und anderen Themen in der aktuellen Ausgabe unserer Fraktionszeitung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Ihre Anja Siegesmund
 Fraktionsvorsitzende



GRÜNER WOHNEN

In der Wohnung verbringen wir die Hälfte unseres Lebens. Da lohnt es sich, Lebensplanung, energetische und altersgerechte Sanierung zusammen zu denken – die Kosten immer fest im Blick.

Der Wohnungsmarktbericht der Landesregierung bringt es an den Tag: einige Städte in Thüringen haben Bevölkerungswachstum und Wohnungsknappheit. So hat Erfurt allein 2011 über 1.000 Menschen hinzugewonnen. Das wirbelt den Wohnungsmarkt durcheinander. Jetzt bestimmen wieder die Anbieter, wo es langgeht und das ruft die Makler auf den Plan, die in Deutschland ein besonderes Privileg genießen: Sie werden nicht von ihrem Auftraggeber, dem Vermieter, sondern vom Mieter bezahlt. Da ist dann schnell Qualität kein Kriterium mehr. Wir Grüne fordern deshalb hierfür einen besseren Verbraucherschutz: Wer bestellt (etwa die Vermieterin) sollte auch zahlen (den Makler).

Energiekosten? Runter vom Gas!

Nicht Strom, sondern die Heizung ist der größte Energie-Kostenposten im Haushalt. Davon müssen wir runter, wenn Wohnen bezahlbar bleiben soll. Und das geht nur mit einer Sanierungsoffensive. Derzeit werden gerade einmal ein Prozent der Häuser pro Jahr überhaupt angefasst – und nur jedes fünfte davon erfährt eine Vollsanierung – gerade mal 0,2 Prozent pro Jahr! Wenn wir 2050 klimaneutrale Gebäude erreichen wollen, brauchen wir aber mindestens zwei Prozent.

Das wäre gleichzeitig ein gewaltiges Konjunkturprogramm: Ein Förder-Euro löst mehr als einen Steuer-Euro aus. Deshalb lohnt es sich für den Staat doppelt, Dämmung und Sanierung zu fördern. Das geschieht derzeit aber nur sehr unzuverlässig – bei schlechter Haushaltslage wird hier gerne als erstes gekürzt. Das wollen wir ändern und diskutieren deshalb Modelle, die die Bundesfi-

nanzierung unabhängiger vom Haushalt machen. Nach dem Vorbild des EEG für Strom soll eine Abgabe auf Mineralöl und Gas erhoben werden, die verbindlich für die Modernisierung der Gebäude herangezogen wird. Allein durch die Anhebung der Heizölsteuer auf europäisches Durchschnittsniveau ließen sich so Milliarden aktivieren.

Wie Fördern? Richtig investieren!

Die Förderung von Wohnraum geschieht hauptsächlich über Wohngeld und Hartz IV. Nur zehn Prozent der Mittel fließen in den sozialen Wohnungsbau. In letzter Zeit scheint dies ein Auslaufmodell zu sein. In Jena etwa kann ohne Zuschuss und damit verbundene Preisbindung eine höhere Rendite erzielt werden. Zudem war sozialer Wohnungsbau in anderen Bundesländern in der Vergangenheit ein Sumpf. Mit guter Kontrolle ist sozialer Wohnungsbau aber auch in Zukunft sinnvoll.

Doch energetische Sanierung reicht nicht: Wir brauchen die Integration von Energie-, Mobilitäts- und Wohnberatung. „Ab ins Heim“ ist etwa bei eintretender Behinderung nicht die Antwort auf Barrieren in der Wohnung. Denn die richtige Wohnraumgestaltung kann noch ein langes erfülltes Leben im gewohnten Umfeld ermöglichen. Deshalb fordern wir eine umfassende Beratung für alle (Um-)Bauwilligen. Wer sich das Gesamtpaket nicht leisten kann, muss vom Staat unterstützt werden, und weil der an den ausgelösten Baumaßnahmen kräftig mitverdient, ist das eine Win-Win-Win-Situation für Mieter, Vermieter, Staat und Klima.

©gogolne - Fotolia.com



Jennifer Schubert

Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie, Mitglied im Petitionsausschuss, stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin

Weiterführende Infos:



Rede von Jennifer Schubert
gruenlink.de/frx

3 Fragen an... Astrid Rothe Beinlich



Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frauen, Migration und Flüchtlingspolitik, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, frauenpolitische Sprecherin der Bundespartei

20 Monate ist es nun her, dass die von uns Grünen in Auftrag gegebene Studie über den Stand und die Perspektiven inklusiver sonderpädagogischer Förderung in Thüringen der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Was ist seitdem passiert?

Wir haben dafür viel Zuspruch von allen Seiten, insbesondere jedoch von den Betroffenen, den Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen erhalten, denn mit dem Gutachten liegen nun erstmals konkrete Vorschläge zur Umsetzung eines inklusiven Schulwesens in Thüringen vor. Wir haben in nahezu allen Regionen Thüringen zu unterschiedlichsten Facetten der Inklusion - von der Frühkindlichen Bildung bis zum Blick nach Europa - öffentliche Veranstaltungen angeboten, die allesamt sehr gut angenommen wurden.

Und wir können mit Fug und Recht behaupten, dass sich einiges geändert hat. Noch vor zwei Jahren war von Offenheit und Diskurs von Seiten der Landesregierung wenig zu spüren. Doch mittlerweile hat Bildungsminister Matschie eine kleine Kehrtwende vollzogen. So ist das Bildungsministerium einigen unserer Empfehlungen aus dem Gutachten gefolgt. Endlich wurde ein Inklusionsbeirat einberufen, der viele Beteiligte in die Arbeit einbindet und auch der Landtag hat mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen beschlossen, dass die Landesregierung bis Juni 2013 einen Entwicklungsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorlegen soll. Dieser Plan soll die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen beschreiben. Dennoch bleibt aus unserer Sicht noch viel zu tun, insbesondere was den Abbau von Barrieren in den Köpfen anbelangt. So teilen CDU und SPD unterstützt durch die FDP leider mitnichten, dass wir für gelungene inklusive Bildung natürlich auch eine inklusive Schulgesetzgebung brauchen. Ein separates Förderschulgesetz ist für uns nicht mit einem inklusiven Schulwesen vereinbar.

Zudem braucht es spürbare Investitionen, damit gemeinsamer Unterricht nicht an unzulänglichen Rahmenbedingungen, wie z.B. fehlender Ausstattung und fehlendem Fachpersonal scheitert. Vor allem aber braucht es deutlich mehr SonderpädagogInnen an den regulären Schulen, die verlässlicher Bestandteil des Schulkollektivs sind. Derzeit ist das Bildungsministerium mit der Erarbeitung dieses Entwicklungsplanes beschäftigt. Grundlage dafür sollen 23 regionale Entwicklungspläne sein. Wir meinen allerdings, dass eher andersherum ein Schuh daraus wird. Erst muss das Land klären, welche Rahmenbedingungen gelten sollen und wie es diese ausstatten will und dann braucht es die regionale Umsetzung.

Welche Voraussetzungen müssen für eine gelingende Inklusion geschaffen werden?

Zunächst braucht es Räume und Verfahren, in die alle Beteiligten auf allen Ebenen bestmöglich in den Prozess eingebunden werden. Entscheidend wird zudem sein, dass die Ängste von Kindern, Eltern und Lehrkräften ernst genommen werden und adäquate Antworten auf deren Fragen gegeben werden. Zudem muss die Lehrkräfteausbildung und die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zukünftig von Anfang an inklusiv ausgerichtet werden, damit sonderpädagogische Kompetenzen an jeder Schule ausreichend vorhanden sind. Bei den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache sollte - folgen wir den Empfehlungen des Gutachtens - zukünftig auf die Feststellungsdiagnostik verzichtet werden und stattdessen eine dauerhafte Grundausstattung in Form von festen Stellen an jeder Schule vorhanden sein. Für die bisherigen Förderschulen braucht es allerdings attraktive Perspektiven zu „Einer Schule für alle Kinder“ zu werden, außerdem wird es auch künftig Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe brauchen. Und natürlich ist guter Unterricht zugleich auch inklusiver Unterricht, in dem starke und schwache Kinder gleichermaßen Förderung und Unterstützung erfahren, um jeweils zu bestmöglichen Ergebnissen und Schulabschlüssen zu kommen. Wichtig ist, dass wir die Lehrkräfte nicht allein lassen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen, SonderpädagogInnen und SchulpsychologInnen werden für den modernen und inklusiven Schulalltag immer wichtiger.

Was kann die Landtagsfraktion tun, um die Inklusion in Thüringen voranzubringen?

Wir werden weiter Diskussionsveranstaltungen auf Augenhöhe mit allen Interessierten und Betroffenen sowie Beteiligten anbieten, um dabei mit den betroffenen Eltern, Lehrkräften und PädagogInnen im Gespräch zu bleiben und gemeinsam bestmögliche Wege zu eruieren. Im Landtag werden wir für die notwendigen Ressourcen streiten, denn Inklusion zum Nulltarif gibt es nicht, auch wenn das einige nicht wahr haben wollen. Unser Ziel ist ein inklusives Schulgesetz, welches wir 2013 dem Landtag vorlegen werden. Denn die rechtlichen Vorschriften entsprechen noch lange nicht dem Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulwesen. Auch müssen wir das LehrerInnenbildungsgesetz in den Blick nehmen. Es gibt also noch viel zu tun und wir hoffen, dafür auch über Parteigrenzen hinweg dafür Unterstützung zu bekommen. Denn Inklusion kann nur im Miteinander gelingen.

HINTERGRÜNDE – GRÜNE INFOS AUS DEM THÜRINGER LANDTAG

Weiterführende Infos:

Broschüre:
Inklusion

gruenlink.de/f45



10. April 2013:

Fachgespräch „Inklusion vor Ort“, Erfurt, Staatliche Regelschule 25

Beginn: 18:00 Uhr

Hebammen braucht das Land!

Das größte Abenteuer im Leben ist für viele werdende Familien die Geburt ihres Kindes. Nicht nur bis zum großen Moment, der Geburt, sondern auch darüber hinaus. Denn Kinder tun gut – nur Mut!

Hebammen und Entbindungspfleger leisten einen unerlässlichen Beitrag zur Beratung und Betreuung werdender Mütter und Väter. Sie tragen dazu bei, die Bindung zwischen Eltern und Kind zu stärken und sind präventiv tätig. Dennoch wird die berufliche Situation von Hebammen und Entbindungshelfern immer schwieriger.

Die IGES-Studie „Versorgungs- und Vergütungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe“ (2012) zeigt, dass sich vor allem die finanziellen Rahmenbedingungen extrem verschärft haben: Die Kosten für die Berufshaftpflichtversicherung sind in den letzten drei Jahren um 70 Prozent gestiegen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen von knapp 24.000 Euro blieb jedoch gleich. Etwa 40 Prozent der befragten Hebammen planen, ihre Existenz mit zusätzlichen Angeboten zu sichern. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung, des zu geringen Einkommens und der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf denkt jede fünfte Hebamme sogar über eine Berufsaufgabe nach.

Nach zähem Ringen haben sich die gesetzlichen Krankenkassen und die Hebammenverbände mittlerweile zumindest auf einen finanziellen Ausgleich für die stark gestiegenen Prämien zur Berufshaftpflichtversicherung geeinigt. Dennoch steht hier eine ganze Berufsgruppe vor einer ungewissen Zukunft. Es muss schnell gehandelt werden, wenn wir nicht in eine prekäre Versorgungslücke schlittern wollen. Laut Deutschem Hebammenverband finden bereits jetzt immer weniger Frauen Hebammen, die eine kontinuierliche Betreuung während der Schwangerschaft, der Geburt und dem Wochenbett anbieten. Erschwerend kommt hinzu, dass deutschlandweit keine systematisch erfassten Daten existieren, die über die Versorgung mit Hebammenhilfe Auskunft geben. Ebenso fehlen Daten zu Tätigkeitsschwerpunkten, Beschäftigungsverhältnissen, Bedarf, Arbeitsumfang und der regionalen Verteilung von Hebammen und Entbindungspflegern.

Und auch die Thüringer Landesregierung nimmt ihre landesrechtlichen Möglichkeiten, die Anzahl der im Freistaat tätigen Hebammen und EntbindungshelferInnen zu erfassen, nicht in ausreichendem Maße wahr. Dabei brauchen wir dringend verlässliche Daten, um Klarheit darüber zu erhalten, wie die gesetzlichen Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt in den kommenden Jahren aussehen müssen. Bereits im Juni 2012 forderten wir in unserem Antrag „Berufsstand der Hebammen und Entbindungshelfer retten – Ergebnisse der IGES-Studie umsetzen“ (Drs. 5/4550) die Landesregierung auf, umgehend fundierte Angaben zum Leistungsspektrum und zum Angebot der Hebammen und EntbindungshelferInnen zu erheben. Bis jetzt ist dies nicht geschehen. Wir brauchen ein starkes Netzwerk an frühen Hilfen für die Thüringer Familien. Politik kann nicht einerseits mehr Mut zu Kindern und Familie fordern und andererseits jene, die die wichtigste Stütze in den ersten Tagen einer jungen Familie sind, in prekäre Beschäftigung schicken. Der Hebammenberuf wird erst dann wieder interessant für junge Männer und Frauen, wenn es verlässliche Rahmenbedingungen gibt.

Über eben jene Rahmenbedingungen möchten wir in unserer **Veranstaltungsreihe „Hebammen braucht das Land!“** mit Ihnen in Gespräch kommen. Gemeinsam mit den vdek Ersatzkassen, dem Landeshebammenverband und dem Landesfrauenrat sowie ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis wird die Fraktion an drei Abenden Anregungen für eine Verbesserung der Hebammenversorgung im Freistaat diskutieren. Diese sollen weiterhin in unsere parlamentarische Arbeit einfließen. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein!



Anja Siegesmund

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Soziales, Arbeit,
Wirtschaft, Familie und Gesundheit

Weiterführende Infos:



PM Hebammen
gruenlink.de/g6h



Antrag Hebammen
gruenlink.de/g6n

Termine 2013:

8. März – Jena, Café Wagner
19. April – Meiningen, „Sarterstift“
29. Mai – Weimar, mon ami

Einlass: Jeweils 17:30 Uhr
Beginn: 18:00 Uhr

HINTERGRÜNDE – GRÜNE INFOS AUS DEM THÜRINGER LANDTAG

HAUSHALTEN IM RÜCKWÄRTSGANG

TITELTHEMA



Carsten Meyer

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Medien sowie Bundes-, Justiz- und Europaangelegenheiten



Die Haushaltslage Thüringens ist dramatisch schlecht. Die Landesregierung nennt die Haushalte für 2013/14 ohne Nettokreditaufnahme einen Erfolg ihrer Politik. Dass dies nur mithilfe der guten Konjunkturdaten und der deshalb gestiegenen Steuereinnahmen gelingen konnte, verdrängt Schwarz-Rot. Wir sagen dazu nicht Erfolg. Wir nennen das „Haushalten im Rückwärtsgang“.

Durch ihr Nichtstun hat die Landesregierung seit 2009 wertvolle Jahre verschenkt, die dringend für eine strukturelle Sanierung des Haushalts benötigt worden wären. Denn bis zum Jahr 2020 wird es einen Rückgang der Einnahmen um mindestens 1,1 Milliarden Euro geben. Das sind elf Prozent weniger als in diesem Jahr und noch ohne Einrechnung der stattfindenden Inflation. Deshalb muss in den nächsten Jahren im Landeshaushalt massiv gespart werden, auch um die Anforderungen der von diesem Jahr an wirksamen Schuldenbremse des Grundgesetzes zu erfüllen.

Stattdessen gibt es jedoch eine sichtbare Blockade der Landesregierung beispielsweise bei der Gemeindegebietsreform sowie der Anpassung der Landesverwaltung und dem damit einhergehenden Personalabbau an die Bevölkerungsentwicklung. Es gibt keine Strategie für die Absenkung von überkommenen Standards.

Grundsätzlich wollen auch wir dem Schuldenabbau eine hohe Priorität einräumen. Aber: Wo möglich, muss das knapper werdende Geld eine „doppelte Rendite“ abwerfen. Damit meinen wir, dass zwar durch einfache Schuldentilgung weitere

Kreditkosten gespart werden können, aber clevere und nachhaltige Investitionen, sei es für die Umwelt oder die Gesellschaft, noch einen zweiten und höheren Nutzen haben können. So kann zum Beispiel die energetische Sanierung landeseigener Gebäude neben der Verringerung des CO₂-Ausstoßes auch zur Senkung der Betriebskosten beitragen und mit den so erzielten Einsparungen die Rendite übersteigen, die bei entsprechender Tilgung der Schulden zu erzielen gewesen wäre. Ebenso können Investitionen in Bildung späteren „Reparaturbedarf“ vermeiden helfen.

Vor einer Entscheidung über die Verwendung freier Mittel ist also immer sorgfältig abzuwägen, welche Verwendung den höchsten Nutzen mit sich bringt.

Geld für die Gemeinden: Kommunaler Finanzausgleich wird zum Zankapfel

Die meisten Diskussionen hatten wir zur Reform des kommunalen Finanzausgleiches (KFA). Ab 2013 werden sich die Gelder des Landes für die Kreise und Gemeinden daran orientieren, wie sich die Steuereinnahmen von Land und Kommunen gemeinsam entwickeln. Zusätzlich gibt es diese Zuweisungen nun viel stärker in Form einer Pauschale, bei der die Empfänger selbst entscheiden können, welche Aufgaben sie nur mit dem notwendigen Minimum oder etwas besser ausgestalten. Diese größere kommunale Selbstverantwortung hat aber auch eine Kehrseite. Direkte

Anreize durch das Land sind dadurch nicht mehr möglich.

Grüne Haushaltspolitik: Die BürgerInnen mitnehmen, auch wenn es unangenehm wird

Wir haben diese grundsätzliche Änderung im KFA unterstützt, weil wir auf die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger vertrauen, ihre Angelegenheiten vor Ort selbst zu regeln. Bei Details haben wir in den Haushaltsberatungen aber versucht, das neue Gebäude etwas umweltverträglicher zu machen, um einmal ein Bild zu bemühen. Wir wissen, dass Thüringen vermutlich nicht in der Lage sein wird, den derzeit absehbaren Einnahmekürzungen, nur durch eigene Anstrengungen zu begegnen. Deshalb werden auch Bundessteuern erhöht werden müssen (Erbrechtssteuer, Vermögensabgabe). Aber zu Beginn muss der erkennbare Wille stehen, „vor der eigenen Tür zu kehren“. Dazu gehört es aus unserer Sicht, eigene laufende Einnahmen zu verbessern (zum Beispiel eine Wasserabgabe einzuführen) und eigene Landesaufgaben effektiver zu erledigen (durch eine Gebiets- und

Verwaltungsreform). Es muss auch eine Diskussion darüber geben, eigene Aufgaben aufzugeben, Landesliegenschaften umzunutzen und Subventionen und Förderung Dritter vorbehaltlos zu hinterfragen. Unsere Personalausstattung muss auf den Bundesdurchschnitt herunter und dies gilt auch für die Polizei, die Schulen und die Hochschulen.

Der Haushalt für 2013/14 ist beschlossen: Die Probleme sind dennoch nicht gelöst

Bei diesem Management des größer werdenden Geldmangels möchten wir Sie und Euch um Hilfe bitten. Wir freuen uns auf vielfältige Vorschläge, wie der Landeshaushalt bürgerfreundlicher werden kann, auch und gerade in Zeiten knapper Kassen. Damit er irgendwann einmal das wird, was wir uns alle wünschen:

Ein demokratisch legitimer, sozial ausgewogener und finanziell ausgeglichener „Mitmachhaushalt“! Einen Anfang haben wir gemacht. Unter mitmachhaushalt.de finden Sie viele Infos rund um den Landeshaushalt und können Ihre eigenen Ideen einbringen, denn Ihre Ideen sind uns wichtig!

Infobox: „atmende Schuldenbremse“ und „doppelte Rendite“

Für eine „atmende Schuldenbremse“

Wir bekennen uns zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung. Diese soll als „atmende Schuldenbremse“ ausgestaltet sein und so Schwankungen der finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Das Modell der „atmenden Schuldenbremse“ sieht im Normalfall eine klare Haushaltsdisziplin vor und umfasst sowohl die Schuldentilgung als auch die Bildung von Rückstellungen, um in Zeiten sinkender Steuereinnahmen die notwendigen Ausgaben leisten zu können, ohne erneut Schulden aufnehmen zu müssen. Die „atmende Schuldenbremse“ ermöglicht auch, dass auf Umwelt- und Naturkatastrophen reagiert werden kann.

Unsere Prüfsteine zur „doppelten Rendite“

Die von uns für diesen Haushalt vorgeschlagenen Änderungen bei den Ausgaben müssen sich an den folgenden Kriterien messen lassen:

Die Änderung im Haushalt muss begründet erwarten lassen, dass einmalig oder dauerhaft Ausgaben erspart oder Einnahmen erzielt werden.
Die Änderung muss darüber hinaus mindestens nachweislich ökologische Vorteile bieten (CO₂-Reduzierung; Flächennutzung etc.), soziale Benachteiligungen abbauen helfen, gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse fördern, bessere Chancen auf Teilhabe und Bildungserfolge erwarten lassen, Vorteile für die Entwicklung bürgerschaftlichen Handelns bieten, Produkte und/oder Dienstleistungen mit besseren ökologischen Herstellungsverfahren und/oder dauerhafterem Nutzen ermöglichen, den ökologischen Umbau, die Energiewende befördern oder ähnliche Kriterien erfüllen.

MITMACH-HAUSHALT



Ihre Ideen sind uns wichtig.

Weiterführende Infos:



mitmachhaushalt-thueringen.de



Grundsätze bündnisgrüner Haushaltspolitik gruenlink.de/fkm



Haushaltsrede Anja Siegesmund gruenlink.de/fql



Haushaltsrede Carsten Meyer gruenlink.de/fqm



Haushaltsrede Astrid Rothe-Beinlich gruenlink.de/fqn



Haushaltsrede Dr. Frank Augsten gruenlink.de/fqo

Pressekonferenz zum Doppelhaushalt 2013/14: Anja Siegesmund und Carsten Meyer stellten den bündnisgrünen Alternativentwurf vor



Erste Bilanz zum Untersuchungsausschuss



Dirk Adams

Sprecher für Innenpolitik, Technologie, Energie sowie Tourismus, Mitglied im Untersuchungsausschuss 5/1, stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschuss 5/2

Seit mehr als einem Jahr wissen wir nun von der in ihren Ausmaßen einzigartigen Verbrechenserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der in Thüringen seinen Ursprung hatte. Infolge dieser entsetzlichen Erkenntnis und des Fehlschlagens der Aufklärung dieser Taten setzte der Thüringer Landtag am 26. Januar 2012 den Untersuchungsausschuss 5/1 mit der Kurzbezeichnung „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ ein. Für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses haben wir Grüne uns nachdrücklich stark gemacht und geworben!

Wir wollen Transparenz und Aufklärung dieser Vorgänge schaffen. Unser Fokus liegt darauf, Lücken und Fehler in der Sicherheitsarchitektur des Bundes und der Länder, insbesondere Thüringens, zu ermitteln, Schlüsse zu ziehen, diese in eine neue Sicherheitsarchitektur umzusetzen und die persönliche und politische Verantwortung Einzelner zu benennen.

Unsere Landtagsfraktion hat Anträge auf Beiziehung der Akten gestellt, die auch der sogenannten „Schäfer-Kommission“ vorlagen. Weitere Anträge haben wir zu den Verfahrenslisten und Vollstreckungsheften straffällig gewordener, mutmaßlicher Mitglieder des „Thüringer Heimatschutzes“ sowie zur Einvernahme von Zeugen wie Franz Schuster, Jürgen Dressler oder Dr. Helmut Roewer gestellt.

In den bisherigen Sitzungen wurde der Zeitraum von 1990 bis zum Untertauchen des Trios am 26. Januar 1998 und dabei unter anderem die Herausbildung rechtsextremer Strukturen, der Aufbau der Sicherheitsbehörden, insbesondere des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, und der Justiz, Ermittlungen gegen Mitglieder des sogenannten Thüringer Heimatschutzes wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und der Einsatz von V-Leuten in der rechten Szene beleuchtet.

Als erste Ergebnisse müssen wir der überdeutlichen Verharmlosung, Verdrängung und Negierung des Rechtsextremismus und Schwierigkeiten im Aufbau, in der Personalausstattung und Ausrüstung von Sicherheitsbehörden und Justiz ins Auge blicken. Schwere Kommunikationsdefizite unter den Behörden liegen auf der Hand. Im weiteren Fortgang wird die Rolle der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Staatsanwaltschaft als Verantwortliche des Verfahrens, stärker in den Fokus zu rücken sein, da es

Weiterführende Infos zur Aufklärung des NSU-Terrors haben wir für Sie auf unserer Internetseite in einem Zeitstrahl zusammengestellt: gruenlink.de/fqa



Funktional- und Gebietsreform

Das Thema Gebiets- und Strukturreform beschäftigt uns bereits seit Beginn der Legislaturperiode. Der demografische Wandel und die Haushaltssituation erfordern es, die bestehenden Strukturen den heutigen Gegebenheiten anzupassen.

Die bisherige Möglichkeit freiwilliger Zusammenschlüsse finden wir zwar grundsätzlich gut – eine umfassende Gebietsreform kann so jedoch nicht erreicht werden. Wir haben bei der Landesdelegiertenkonferenz am 12. November 2011 in Gotha Eckpunkte dazu beschlossen, welche Strukturen Thüringen zukünftig haben soll. Dabei haben wir festgestellt, dass leistungsfähige Strukturen grundsätzlich größere Formen benötigen.

Eine von uns Grünen in Auftrag gegebene Publikation zeigt weitere mögliche Ansätze einer Strukturveränderung auf. Durch Bildung sogenannter demokratischer Bürgerkooperativen können Effizienzgewinne bei der Erbringung öffentlicher Leistungen erwartet werden. Öffentliche

Daseinsvorsorge endet nicht da, wo eine andere Kommune beginnt! Sie bricht das althergebrachte Muster feststehender räumlicher Strukturen auf, je nachdem, welcher besonderer Bedarf pro Bürgerkooperative besteht. Die Bürgerinnen und Bürger könnten so direkt Einfluss auf die Erbringung öffentlicher Leistungen haben. Bestehende Strukturen werden somit nicht gegen den Willen, sondern mit direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt. Schwarz-Rot hat sich mit diesem Thema längst unglaubwürdig gemacht. So wurden Beiräte gegründet und Gutachten in Auftrag gegeben, um sich über die fünfte Wahlperiode „zu retten“.



Unsere Broschüre „Von Zahlenspielen zu einer Gebiets- und Strukturreform staatlicher Aufgaben: demokratische Bürgerkooperativen in Thüringen“ finden Sie auch im Netz: gruenlink.de/fck



Der ländliche Raum hat eine GRÜNE Zukunft!

Thüringen ist zu 95 Prozent ländlich geprägt, rund 80 Prozent der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Damit ist klar: Der Freistaat definiert sich in hohem Maße über den Zustand seiner Dörfer und kleinen Städte. Oder anders gesagt: Die zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes als Lebens-, Wirtschafts-, Kultur- und Naturraum ist für die darin lebenden Menschen und für den Freistaat insgesamt von existenzieller Bedeutung. Dabei ist eine den örtlichen Bedingungen angepasste Wirtschafts- und Infrastruktur die Voraussetzung für das Erreichen weitestgehend gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die Abwanderung in die Städte ist dabei neben der allgemeinen demografischen Entwicklung und den abnehmenden Spielräumen der öffentlichen Haushalte die größte Herausforderung für die Landespolitik. Solange sich der Wegzug aus den Dörfern und kleinen Städten nicht verlangsamt, müssen wir die Anstrengungen zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität auf dem Land verstärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde lange als Partei der großen Städte wahrgenommen. Kein Wunder – gute Wahlergebnisse in den Metropolen und wenig Zuspruch auf dem Land sprachen nicht gerade für ein grünes Engagement für die Dörfer und kleinen Städte. In Thüringen bescherte uns diese Einstellung viele Jahre in der außerparlamentarischen

Opposition. Unsere Hinwendung zum ländlichen Raum war also nicht nur der Einsicht geschuldet, dieses für Thüringen wichtige Thema zu bearbeiten, sondern hatte auch ein existenzielles Moment.

Inzwischen ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Partei für den ländlichen Raum in Thüringen.

Davon zeugen nicht nur zahlreiche Initiativen im Landtag, wie unsere Große Anfrage, sondern auch die Bereitschaft der Landtagsabgeordneten, auch jenseits von Erfurt, Jena und Weimar alle Landkreise durch Wahlkreisbüros zu betreuen. Und auch der Landesverband hat mit dem auf der Landesdelegiertenkonferenz am 6. Oktober 2012 mit breiter Mehrheit beschlossenen Leittrag „Vielfalt erhalten – Auf neuen Wegen die Zukunft des ländlichen Raums aktiv gestalten“ ein deutliches Zeichen gesetzt. Alles deutet also darauf hin, dass wir die Belange der Dörfer und kleinen Städte in Thüringen zu einem grünen Arbeitsschwerpunkt entwickeln. Damit heben wir uns deutlich von der CDU ab, die den ländlichen Raum vernachlässigt hat und nun nach Gutsherrenart mit Lottomittelbescheiden den „Retter in der Not“ spielt. Das bringt sicher Stimmen bei den Wahlen, hilft den Menschen aber nicht bei der Beseitigung von Defiziten vor Ort. Deshalb bleibt es dabei: Der ländliche Raum muss erGRÜNen – in mehrfacher Hinsicht!



Dr. Frank Augsten

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz, Gentechnik sowie Gleichstellung

Weiterführende Infos:



Große Anfrage Ländlicher Raum gruenlink.de/fqj



Bilder vom ersten Regenbogenempfang gruenlink.de/fqk



Große Anfrage Gleichstellung gruenlink.de/fql

Grünes Licht für gleiche Rechte



Beim ersten Regenbogenempfang der Landtagsfraktion am 11. September 2012 stand die Situation von Regenbogenfamilien im Blickpunkt. Wir wollen die rechtliche Situation von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften verbessern und fehlende Rechtslücken schließen. Der Regenbogenempfang soll nun jedes Jahr ein anderes gleichstellungspolitisches Thema beleuchten. Die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi- und Intersexuellen sowie Transgender ist in unserer Gesellschaft noch weit verbreitet. Es ist noch viel Aufklärungs-

arbeit zu leisten. Wir haben Anfang September eine Große Anfrage zur Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen in Thüringen an die Landesregierung gestellt, um einen umfassenden Überblick über die Situation in Thüringen zu bekommen. Neben der rechtlichen Gleichstellung soll die gesellschaftliche Akzeptanz im Mittelpunkt stehen. Wir fordern zudem, dass die Landesregierung im Rahmen eines Aktionsplanes gegen Homophobie für die notwendige Aufklärungsarbeit sorgt.

PM Thüringen bremst Gleichstellung aus gruenlink.de/fqk



FRAKTION IN KÜRZE

Gemeinsam gegen Rechts

Ob Magdeburg, Weimar oder Dresden: die Nazis versuchen immer wieder, ihr menschenfeindliches Gedankengut öffentlich zu demonstrieren. Wir bitten Sie ausdrücklich, Gesicht gegen die rechtsextreme Präsenz zu zeigen! Auch unsere Abgeordneten beteiligen sich aktiv an den Anti-Nazi-Protesten in Thüringen und über Thüringen hinaus. Denn Demokratie muss Tag für Tag mit Leben erfüllt und erfahrbar gemacht werden. Auch 2013 werden wir in Thüringen wieder zahlreiche Anmeldungen rechts-extremer Kundgebungen haben, unter anderem am 1. Mai in Erfurt. Unser Protest richtet sich gegen das Wegschauen und die Verharmlosung von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, denn die Wurzeln finden sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Umso mehr hoffen wir auf breite Unterstützung der Proteste!



Residenzpflicht



Wir unterstützen die Kampagne des Thüringer Flüchtlingsrates zur Abschaffung der Residenzpflicht in Thüringen, weil Thüringen hier endlich handeln und den Flüchtlingen Bewegungsfreiheit ermöglichen muss. Immerhin gibt es in keinem anderen Land der Europäischen Union eine Residenzpflicht. Die Residenzpflicht isoliert die Betroffenen und schließt sie von der gesellschaftlichen Teilhabe aus. Flüchtlinge sind dadurch nicht nur in ihren Integrationsbemühungen, sondern auch sozial eingeschränkt. Auch deshalb meinen wir, dass die Abschaffung der Residenzpflicht längst überfällig ist, da sie allen Integrationsbemühungen im Wege steht. Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht, dass schließlich auch für Flüchtlinge gelten muss.

gruenlink.de/gcc



Termine in Kürze

- 8. März - Auftaktveranstaltung „Hebammen braucht das Land - Jena, Café Wagner
- 12. März - Biomasse-Tour - Dermbach, Rhönlandscheune
- 18. März - ThüringenTakt für die Region Suhl - Suhl, CCS
- 21. März - Aktion zum Equal Pay Day - Erfurt, Thüringer Landtag
- 10. April - Fachgespräch „Inklusion vor Ort“ - Erfurt, Staatliche Regelschule 25

Alle Termine: gruenlink.de/gch

An der Seite der Studierenden



Die Studierenden der privaten Fachhochschule Kunst Arnstadt-Balingen haben am 15. Februar friedlich, kreativ und bunt vor dem Thüringer Landtag für den Erhalt ihrer Hochschule demonstriert. Unsere hochschulpolitische Sprecherin Astrid Rothe-

Beinlich unterstützte die Studierenden bei ihrem Protest und machte deutlich, dass es nun darauf ankomme, tragfähige Lösungen dafür zu finden, dass die Studierenden ihren Hochschulabschluss in Thüringen beenden können. Die Zeit drängt, da das Sommersemester vor der Tür steht. Wir Bündnisgrüne werden gemeinsam mit allen Beteiligten auf allen Ebenen weiter Druck machen, damit die Studierenden schnell Klarheit über ihre Ausbildungsperspektiven bekommen.

Neuer Untersuchungsausschuss

Unser innenpolitischer Sprecher Dirk Adams wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des neu gegründeten Untersuchungsausschusses 5/2 zur Bespitzelung, Herabwürdigung und Infiltration des Thüringer Parlaments und



seiner Abgeordneten durch den V-Mann Kai-Uwe Trinka ernannt. Der Ausschuss wurde nötig, weil Innenminister Geibert nicht erklären konnte, wie es möglich war, dass ein V-Mann mit rechtsextremistischem Hintergrund die Möglichkeit hatte, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie ganze Fraktionen zu diskreditieren, ohne dass das Landesamt für Verfassungsschutz pflichtgemäß gewarnt hätte. Im Zentrum dieses Ausschusses steht somit die Frage, ob das Landesamt für Verfassungsschutz lernfähig war. Dies wird direkte Rückschlüsse auf die derzeitige Arbeit der Behörde ermöglichen.

PUBLIKATIONEN DER LANDTAGSFRAKTION

Faltblätter

- Faltblatt: Grüner leben – das Klima schützen
- Faltblatt: Grüner leben – Du bist, was du isst!
- Faltblatt: Grüner leben – Photovoltaik-Anlagen nutzen
- Faltblatt: Grüner leben – für längeres gemeinsames Lernen
- Faltblatt: Thüringentakt – Vom ICE zum Bürgerbus
- Faltblatt: Grüner leben – Gesundheit fördern
- Faltblatt: Thüringer Medienlandschaft
- Faltblatt: Gute Schule
- Faltblatt: Willkommenskultur leben
- Faltblatt: Die Mythen rund um den Euro
- Faltblatt: Giftstoffe im Spielzeug

Broschüren

- Broschüre: Thüringer Stadtwerke
- Broschüre: Wählen mit 16
- Broschüre: Die Grüne Fraktion im Thüringer Landtag
- Broschüre: Gute Besserung für Thüringen

Dokumentationen

- Dokumentation: Klimakonferenz 2010 – Frischer Wind für Thüringen
- Dokumentation: Klimakonferenz 2011 – Wer A sagt, muss auch E sagen
- Dokumentation: Alternativer Hochschulgipfel 2010
- Dokumentation: Klimakonferenz 2012 – Biomasse

Studien

- Studie: Inklusion
- Studie: Gebietsreform
- Studie: Energiespeicher

Weitere

- Radwanderkarte: Grüner leben mit dem Thüringentakt

Unsere Publikationen können Sie telefonisch, per Fax und per E-Mail bestellen. Teilen Sie uns bitte mit, wenn Sie Informationsangebote vermissen!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon 03 61/37 72 670
Fax 03 61/37 72 662

E-Mail info@gruene-fraktion.thueringen.de



RAUM FÜR IDEEN – Lob, Anregungen, Kritik:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Mehr Infos unter:
www.gruene-fraktion.thueringen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN

Die MitarbeiterInnen der Fraktion



Heike Thorwarth

Fraktionsgeschäftsführerin

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772669

E-Mail: heike.thorwarth@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Herrmann

Assistent der Geschäftsstelle

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772682

E-Mail: christian.herrmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Antonia Sturm

Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772677

E-Mail: antonia.sturm@gruene-fraktion.thueringen.de



Theresa Junge

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/

Stellvertretende Pressesprecherin

Pressestelle

Tel.: 0361/3772667

E-Mail: theresa.junge@gruene-fraktion.thueringen.de



Mario Amling

Referent für Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und

Verbraucherschutz, Gentechnik und Gleichstellung

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772678

E-Mail: mario.amling@gruene-fraktion.thueringen.de



Antje Eismann

Referentin für Innenpolitik/

Begleitung des Untersuchungsausschusses 5/2

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772689

E-Mail: antje.eismann@gruene-fraktion.thueringen.de



Jan Lemanski

Referent für Grundsatzfragen und Wirtschaft

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772680

E-Mail: jan.lemanski@gruene-fraktion.thueringen.de



Sandra Reda

Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung/

Referentin für Europaangelegenheiten und Medien

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772679

E-Mail: sandra.reda@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein

Referentin der Fraktionsvorsitzenden

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772660

E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Silke Fließ

Pressesprecherin/

Presse- und Kommunikationsverantwortliche

Pressestelle

Tel.: 0361/3772666

E-Mail: silke.fliess@gruene-fraktion.thueringen.de



Jörg Schwabe

Referent für Veranstaltungskoordination

Pressestelle

Tel.: 0361/3772690

E-Mail: joerg.schwabe@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Demmelmeier

Referent für die Begleitung des Untersuchungsausschusses 5/1

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772681

E-Mail: christian.demmelmeier@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann

Referent für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Migrationspolitik

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772683

E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Antje Niebur

Referentin für Haushalt, Finanzen

sowie Bundes- und Justizangelegenheiten

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772676

E-Mail: antje.niebur@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathrin Schmidt

Referentin für Soziales, Familie, Arbeit, Gesundheit und Sport

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772693

E-Mail: kathrin.schmidt@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel

Referent für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Petitionen

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772691

E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann

Referent für Energie und Klima

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772692

E-Mail: norbert.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum

hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon 0361/3772670

E-Mail info@gruene-fraktion.thueringen.de

Internet www.gruene-fraktion.thueringen.de

V.i.S.d.P.: Silke Fließ

Satz und Redaktion: Theresa Junge

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung

von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder

Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de